

IA14NEU [Dringlichkeitsantrag] Solidarität mit unterdrückten Menschen im Iran!

Gremium: Bundeskongress
Beschlussdatum: 16.10.2022

Antragstext

1 Zhina (Mahsa) Amini wurde von der sogenannten Moral- oder Sittenpolizei für das
2 Nichtbefolgen der Hijab-Pflicht in der Öffentlichkeit in Teheran festgenommen
3 und getötet. Unter dem Motto „Woman. Life. Freedom.“ sind seit dem 14. September
4 in 100 iranischen Städten Proteste ausgebrochen. Seit dem 21. September hat das
5 Regime das Internet stark eingeschränkt und die Protestierenden zu erheblichen
6 Teilen von der Welt abgeschnitten.

7 Sowohl Männer als auch Frauen verbrennen zum Protest öffentlich Hijabs,
8 schneiden ihre Haare ab, demontieren Plakate der politischen Elite und fordern
9 unter anderem die Absetzung des Regimes, die Zerschlagung der religiös-
10 ideologischen Elite unter dem Slogan: „Mullah, geh heim“ und "Tod dem Diktator".
11 Gleichzeitig fordert die iranische Zivilbevölkerung, für die eine Teilnahme an
12 den Protesten höchst gefährlich ist, die Weltöffentlichkeit auf, die Ereignisse
13 in die Welt zu tragen und ihre Stimme, stellvertretend für all jene, die durch
14 Todesangst, Erpressung, Isolation und Verhaftung nicht dazu in der Lage sind, zu
15 erheben. Hiervon sind insbesondere die unterdrückten und rechtlich
16 diskriminierten Frauen betroffen.

17 Die Situation im Iran ergibt einen besonderen Handlungszwang, da Deutschland der
18 größte Handelspartner Irans in Europa ist, eine traditionell gute Beziehung zum
19 Iran pflegt (seit 1859 durch Freundschafts- und Handelsvertrag Hamburg) und für
20 180.000 Iraner*innen (zweite Generation bereits nicht berücksichtigt) eine
21 Heimat darstellt.

Als Jugendverband, der sich

23 • für einen föderalen europäischen Bundesstaat zum Ausbau und dem Erhalt von
24 Frieden und Rechtsstaatlichkeit einsetzt,

25 • für eine gemeinsame feministische Außenpolitik als Teil einer föderalen
26

Außenpolitik stark macht,

- 27 • den Weltföderalismus und eine regelbasierte internationale Weltordnung als
28 weitergehendes Ziel anstrebt,

29 solidarisieren wir uns daher mit den Protestierenden und unterdrückten Menschen,
30 insbesondere den Frauen, im Iran.

31 Um dem klar formulierten Hilferuf der Regimegegner*innen gerecht zu werden,
32 erheben wir daher stellvertretend die Stimme gegenüber dem menschenverachtenden,
33 misogynen Regime in Teheran. Wir richten unsere Forderungen stellvertretend an
34 die deutsche Bundesregierung und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten.

35 Sanktionierung des Regimes und Unterstützung der Zivilbevölkerung.

36 Die Bundesregierung muss im Rahmen ihrer Außenpolitik einen besonderen Fokus auf
37 die Überwindung unmittelbarer und struktureller Gewalt gegenüber Frauen und
38 weiteren marginalisierten Gruppen legen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb
39 auf, folgende Forderungen konsequent zu vertreten und um deren Unterstützung bei
40 den Regierungen der Mitgliedstaaten der EU zu werben. Wir fordern:

- 41 • Die Freilassung aller Frauen und weiteren Personen, die verurteilt wurden,
42 weil sie Gleichberechtigung fordern oder in Folge der Proteste inhaftiert
43 wurden.

- 44 • Die Erlassung einer Amnestie für die Frauen und weiteren Personen, die
45 verurteilt wurden, weil sie Gleichberechtigung und Freiheit fordern.

- 46 • Die Aufhebung des Kopftuchzwangs.

- 47 • Die Freilassung aller Europäer:innen mit doppelter Staatsangehörigkeit,
48 die von dem Regime als Geiseln gehalten werden.

- 49 • Den Stopp aller Hinrichtungen im Iran (insbesondere der Hinrichtung von
50 queeren Personen).

51 • Alternative Internetzugänge zu fördern, um die Zivilbevölkerung im Iran
52 zukünftig vor einer Isolierung von der Weltgemeinschaft zu schützen.

53 • strengstmögliche Sanktionen gegenüber der politischen Elite und ihrer
54 Kollaborateure im Iran zu beschließen (unter möglichst geringem Schaden
55 der Bevölkerung).

56 Des Weiteren fordern wir die Bundesregierung **auf**,

57 • keine öffentlichkeitswirksamen Treffen von Repräsentant:innen des
58 deutschen Staates mit Vertretern des Regimes zuzulassen, da diese von dem
59 Regime zu Propagandazwecken und zur Legitimierung seiner Politik
60 missbraucht werden

61 • die Zivilgesellschaft, insbesondere Organisationen, die sich für die
62 Belange, Repräsentation und Förderung von marginalisierten Gruppen
63 einsetzen, zu fördern.

64 **Außenpolitik und Innenpolitik als Ganzes betrachten.**

65 Darüber hinaus muss die Bundesregierung das Zusammenspiel zwischen Außenpolitik
66 und innerer Sicherheit der Bundesrepublik Deutschlands erkennen und
67 dementsprechend handeln. Wir appellieren an die europäischen Regierungen, dem
68 iranischen Regime mit konsequenten Sanktionen zu begegnen und es zu isolieren,
69 solange es seine Bevölkerung unterdrückt und fordern:

70 • Die Einstellung der staatlichen Förderung aller regimenahe
71 Organisationen, die iranische Propaganda, insbesondere die Briefe
72 Khameneis in den Mitgliedsstaaten verbreiten.

73 • Den Schutz der in Europäischen Union lebenden iranischen Oppositionellen
74 vor den ernstzunehmenden Drohungen iranischer Agent:innen.

75 • Das Verbot der Hisbollah als Organisation.

76 **Mitsprache und Empowerment der Diaspora als Chance begreifen.**

77 Wir appellieren an die Regierungen der Mitgliedstaaten, insbesondere an die
78 Bundesregierung, die Perspektive der iranischen Diaspora in die Politik ggü. dem
79 iranischen Regime mit einzubeziehen und einen dauerhaften Dialog zu etablieren.
80 Daher fordern wir:

- 81 • die Förderung und den Schutz von Organisationen der iranischen und
82 kurdischen Diaspora, die sich für politische Bildung, Repräsentation,
83 Kulturförderung und Aufklärung einsetzen.

- 84 • die Förderung von Organisationen zur Sprach- und Kulturvermittlung.

- 85 • die Förderung von Vernetzung und Professionalisierung
86 grenzüberschreitender Organisationen, die den oben genannten Bereichen
87 zuzuordnen sind.

88 Die Europäische Union sollte sich um eine einheitliche außenpolitische Linie
89 gegenüber dem iranischen Regime bemühen und sich in der Verhängung von
90 Sanktionen koordinieren.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Die Ereignisse haben sich im Iran nach der Antragsfrist ereignet und entwickeln sich fort. Die Erarbeitung des Antrags wurde durch die Sichtung der aktuellen Entwicklungen und Einbezug von Menschen aus dem Iran erarbeitet. Durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände und extremen mysogenen Handlungen des iranischen Regimes besteht eine dringliche Positionierung der JEF Deutschland.

Auch hier gilt mit Rücksprache gegenüber dem BuVo:

Wir bitten um Unterstützung per Antragsgrün bzw. per Umlaufliste.

Wenn ihr also auch der Meinung seid, dass dieser Antrag behandelt werden soll, tragt euch bitte als Unterstützer*innen unter dem Antrag ein.

Inhaltliche Begründung:
vor Ort.